

## **BGE 59 III 217**

Bundesgericht (BGE), 1933-01-01, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge\\_59\\_III\\_217](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_59_III_217)

FR: ATF 59 III 217

IT: DTF 59 III 217

### **Volltext**

216 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. No 52. wurde, brauchte sie nicht zu rechnen - ähnlich wie der Empfänger einer Spezialanzeige von der Liegenschafts- steigerung sich darauf verlassen ~f, dass der Inhalt der Anzeige mit demjenigen der Publikation übereinstimme, und nicht gehalten ist, daneben noch die Publi- kation einzusehen (BGE 56 III 63). Stimmen aber Aus- zug und Verteilungsplan in Wirklichkeit nicht überein, so ist der (irreführende) Auszug nicht geeignet, die Frist zur Anfechtung des (fehlerhaften) Verteilungsplanes in Gang zu setzen. Diese Frist kann vielmehr dem Gläubiger erst von dem Moment an laufen, wo er Kenntnis vom wirklichen Inhalt des Verteilungsplanes erhielt. Im vorliegenden Fall geschah dies in zuverlässiger Weise erst am 20. Mai durch die Antwort des Betreibungsamtes vom 19. Mai, sodass die am 30. Mai der Post übergebene Beschwerde rechtzeitig erhoben worden ist. ~-Was das Betreibungsamt dagegen einwendet, ist durch- aus unbehelflich: Das Amt wird auf Grund eines von der Aufsichtsbehörde ausgestellten Zeugnisses darüber. dass keine Beschwerde gegen den Verteilungsplan ein- gegangen sei, ohne weiteres zur Verteilung schreiten können, wenn es vorher die Beschwerdefrist allen Gläu- bigern gegenüber~ durch Zustellung von einwandfreien Auszügen in Gang gebracht hat. Dass es im vorliegenden Fall den beabsichtigten Abzug von 650 Fr. nicht habe zur Darstellung bringen können, weil das Formular Nr. 20 VZG keinen entsprechenden Vordruck enthalte, vermag 7 nicht -v durchzuschlagen; es wird dem Beamten nicht zuviel zugemutet, wenn- man von ihm verlangt, dass er in so lchen FäUen einen handschriftlichen Zusatz beifüge, wenn derselbe notwendig ist, um eine Irreführ~ des Gläubigers zu vermeiden. '~' 3. - Dass der im Verteilungsplan vorgesehene Abzug von 650 Fr. materiell unbegründet ist, wird auch vom Betreibungsamt anerkannt. Infolgedessen ist die Be- schwerde mit Recht gutgeheissen worden. Der UlllStand, dass das Amt die 650 Fr. bereits dem der Beschwerde- Pfandn8chJ8l?8verfahren. N0 53. 217 führerin im Rang nachfolgenden Gläubiger ausbezahlt hat, spielt keine Rolle; das Amt hat sich, wie schon die Vorinstanz ausgeführt hat, nötigenfalls wegen der Be- schaffung des Geldes an den Staat zu wenden und sich im übrigen selbst um den Wiedereingang des an die unrichtige Adresse geleiteten Betrages zu bemühen (BGE 50 III 74 und dort angeführte frühere Urteile). Demnach erkennt die Schuldbetr.-u. Konkur8kammer : Der Rekurs wird abgewiesen. B. PfandnachlassverfabreD. Procedure de concordat bypoLhecaire. ENTSCHEIDUNGEN DER SCHULD- BETREffUNGS- UND KONKURSKAMMER ARR~TS DE LA CHAMBRE DES POURSUITES ET DES FAILLITES 53. Ents::heid vom S. Sep~ember 1933 i. S. S:hmidt. P fan d n ach las s ver f a h ren (Bundesbeschluss vom 30. September 1932) : Ein sol i dar i s c h haftender B ü r g e oder ~I i t ver \_ p f l ich t e t e r, der während der Dauer des Pfandnachlass- verfahrens Aus d e h nun g der (provisorischen) Kap i - tal s tun dun g auf sich selbst verlangt hat, jedoch aus einem materiellen Grund (auch Beweislosigkeit) abgewiesen worden ist, kann immerhin, aber regelmässig nur noch Aus- delmung der

Stundung auf sich mit dem Hauptentscheid verlangen. ProcUure de O~ hypotMcaire (Arrete federal du 30 sep- tembre 1932): 218 Pfandnachlassverfahren. N° 53. Demande formulee en COIUS de procedure par un CQoblige ou une caution solidaire et tendant a ce que le benefice du sursis concor- dataire soit etend;u a son profit (sursis provisoire pour le rem- boursement des capitaux). - Demande rejetec par des motifs da droit materiel (notamment pour dMaut de preuve). - Nonobstant ce rejet, la caution ou le coobligé peut encore, dans la regle, demander I 'extension du sursis a son profit, mais seulement a l'occasicn de la decision au fond. Procedura dei concordato ipotecario (decreto federale 30 set- tembre 1932) : Domanda proposta nel corso deI procedimento da un coobligato 0 da un jidejussore in solido affinehe gli sia concesso ilbeneficio della moratoria (moratoria provvisoria per il rimborso de capitali). - Domanda respinta per ragioni di merito (special- mente per mancanza di prove). - Nonostante la reiezione, il fidejussore 0 il coobligato puo, di regola, chiedere ancora l'estensione della moratoria ase, ma solo in occasione della decisione sul merito. A. - Der Rekurrent, solidarischer Mitbürge einer durch Hypothek im dritten Rang auf dem~Sanatorium Solsana in Davos versicherten Forderung der Schweizerischen Kreditanstalt gegen die A.-G. Sanatorium Solsana im Betrage von rund 100,000 Fr., hatte nach Eröffnung des Pfandnachlassverfahrens über die A-G. Sanatorium Solsana um Ausdehnung der Stundung auf ihn nachgesucht, war jedoch durch Entscheid des Bundesgerichtes vom 19. Juni 1933 (S. 188 hievor) abgewiesen worden wegen Fehlens des Nachweises, dass er ohne die Stundung in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet wäre. Daraufhin stellte der Rekurrent am 3. Juli beim Sachwalter zu Händen der Nachlassbehörde neuerdings das Gesuch um Aus- dehnung der Stundung auf ihn. Die Schweizerische Kreditanstalt erhob die Einrede der abgeurteilten Sache. B. - Der Bezirksgerichtsausschuss Oberlandquart als Nachlassbehörde hat am 1. August 1933 das Gesuch abgewiesen, in erster Linie weil es sich um eine res judicata handle, m.a;W. der Bezirksgerichtsausschuss angesichts des Bundesgerichtsentscheides den Fall nicht neuerdings behandeln und entgegen dem blindesgerichtlichen Ent- scheid die Stundung bewilligen könne. Pfandnaehla.s.sverfahren. No 53. 219 O. . Diesen Entscheid hat der Rekurrent an das Bun- desgericht weitergezogen mit den Anträgen auf Aufhebung desselben und Ausdehnung der der A.-G. Solsana bewil- ligten Pfandstundung auf ihn, eventuell Rückweisung an die Vorinstanz bezw. an den Sachwalter zwecks Wieder- aufnahme und Durchführung des Verfahrens. Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung : Wie im früheren Entscheide näher auseinandergesetzt wurde, kann der solidarisch haftende Bürge oder Mitver- pflichtete nicht erst Ausdehnung der im Hauptentscheid anzuordnenden PfandnachlassmassnahIile der Kapital- stundung auf sich verlangen (worüber natürlich nicht vor dem Hauptentscheid befunden werden kann), sondern schon während der Dauer des Pfandnachlassverfahrens Ausdehnung der dem Hauptschuldner in Gestalt der Nachlasstundung gewährten provisorischen Kapitalstun- dung. Wird er mit seinem Gesuche letzterer Art aus einem materiellen Grund, z.B. wie hier wegen Fehlens der Exi- stenzgefährdung, abgewiesen, so ist nicht einzusehen, warum einem noch während der Dauer des Pfandnachlass- verfahrens erneuerten gleichen Gesuche nicht die Einrede der abgeurteilten Sache entgegengesetzt werden. könnte, mindestens wenn es sich nicht auf erheblich veränderte Verhältnisse zu stützen vermag (vgl. BGE 47 III S. 190 und 59 III S. 45/6 Erw. 2). Inwiefern letzteres hier der Fall wäre, ist jedoch nicht ersichtlich; vielmehr unter- scheidet sich das vorliegende Gesuch vom frühem wesent- lich nur insofern, als der Rekurrent sich jetzt anheischig macht, Behauptungen, die er schon damals aufgestellt hat oder hätte aufstellen können, auch zu beweisen. Hat es die

Vorinstanz daher mit Recht abgelehnt, auf das wiederholte Gesuch des Rekurrenten um Ausdehnung der Stundung auf ihn für die (noch verbleibende) Dauer des Pfandnachlassverfahrens einzutreten, so muss diesem doch unbenommen bleiben, zu verlangen, dass seinerzeit mit dem Haupt- 22U Pfandnachlassverfahren. No 54. entscheidet die Pfandnachlassmassnahme der Kapitalstundung auf ihn ausgedehnt werde, was ihm ja auch möglich wäre, wenn er überhaupt gar kein Gesuch um Ausdehnung der provisorischen Stundung auf sich gestellt hätte. Hiefür ist nur erforderlich, dass er das Gesuch mit den Ausweisen zu dessen Begründung bis zur Gläubigerversammlung dem Sachwalter einreiche, der es dann (nach selbst eingeholter Vernehmung der Schweizerischen Kreditanstalt) erst mit seinem Gutachten gemäss Art. 304 SchKG an die Nachlassbehörde weiterzuleiten hat, die alsdann ihrerseits erst in Verbindung mit dem Hauptentscheid darüber zu befinden hat (Art. 39 Abs. 1, Abs. 2 am Schluss, 41 Abs. 4 des Bundesbeschlusses vom 30. September 1932). Demnach erkennt die Konkurskammer : Der Rekurs wird abgewiesen. 54. Arrêt du 15 septembre 1933 dans la causa Dame Ganton. Le concordat hypothécaire peut être accordé au débiteur même après le prononcé [de faillite (changement de jurisprudence)]. Das Pfandnachlassverfahren (Bundesbeschluss vom 30. September 1932) kann einem Schuldner selbst nach Eröffnung des Konkurses bewilligt werden (Änderung der Rechtsprechung). Il concordato ipotecario alberghiero può essere accordato al debitore anche dopo la dichiarazione del fallimento (cambiamento di giurisprudenza). A. - Dame Elise Ganton, propriétaire de l'Hôtel du Col des Mosses, a été déclarée en faillite le 24 janvier 1933. La Société fiduciaire suisse pour l'hôtellerie s'étant déclarée prête à lui venir en aide, Dame Ganton a adressé, le 6 mai 1933, au Président du Tribunal d'Aigle une première requête tendant à l'ouverture de la procédure de concordat hypothécaire prévue par l'arrêté du 30 septembre 1932. Cette requête a été rejetée par décision du Pfandnachlassverfahren. No 54. 221 13 mai contre laquelle Dame Ganton a formé un recours à la Chambre des Poursuites et des Faillites du Tribunal fédéral. Son recours a été rejeté pour cause de tardivité. B. - Le 28 juin 1933, Dame Ganton a adressé au Président du même Tribunal une seconde requête tendant aux mêmes fins, mais accompagnée d'un projet modifié. Par décision du 5 juillet 1933, le Président du Tribunal d'Aigle a rejeté cette nouvelle requête. Tout en reconnaissant que Dame Ganton était recevable en sa demande, étant donnée la différence des deux projets, il a jugé que l'arrêté du 30 septembre 1932 étant identique en sa teneur à son esprit à l'ordonnance du 18 décembre 1920, il devait s'en tenir à la jurisprudence inaugurée par l'arrêt Boosch du 6 mai 1921 (RO 47 III p. 59 et suiv.), qui avait posé le principe qu'un concordat hypothécaire n'était pas admissible une fois la faillite déclarée. O. - Dame Ganton a recouru contre cette décision à la Chambre des Poursuites et des Faillites en lui demandant de revenir sur sa jurisprudence et d'ordonner le renvoi de la cause au premier juge pour qu'il fasse droit à sa requête. Considérant en droit : S'il est exact, ainsi que le relève le Président du Tribunal d'Aigle, que la Chambre des Poursuites et des Faillites admette la possibilité d'accorder le bénéfice du concordat hypothécaire au débiteur en faillite (arrêt Boosch du 6 mai 1921, RO 47 III p. 59 et suiv.) et que, d'autre part, les dispositions de l'arrêté du 30 septembre 1932 qui régissent actuellement la matière sont identiques à celles de l'ordonnance du 18 décembre 1920 sous l'empire de laquelle cette décision a été rendue, il résulte toutefois d'un nouvel examen de la question que cette jurisprudence ne saurait être maintenue. Si l'on reprend, en effet, les motifs à la base de l'arrêt Boosch, on constate que l'argumentation de la Chambre reposait essentiellement sur l'absence d'une réglementation détaillée des questions que pouvait sou-

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.